



NEWSLETTER FEBRUAR 2021  
FÜR AB, MIL, MSP & WÜ

Foto: Henning Schacht

## Liebe Leserin, lieber Leser,

es wurde zum Jahreswechsel wohl noch nie so sehr gehofft, dass das neue Jahr besser werden möge. Hat doch dieses 2020 uns alle viel Kraft, Gesundheit, Nerven und auch Geld gekostet.

Die Hoffnung müssen wir Menschen auch immer haben, sonst sind wir verloren. Und schon müssen wir erkennen, dass der Lockdown am 10. Januar nicht vorbei war. Niemand kann zur Stunde seriös sagen, wie es weitergeht. Das wird zwar immer verlangt von den Verantwortlichen, aber niemand weiß es wirklich. Vielleicht war auch die Sehnsucht nach dem alten Leben, nach Freiheit, Reisen, Feiern so groß, dass der Wunsch nach einer Impfung schnellst möglichst erfüllt werden soll. Aber auch hier brauchen wir Geduld. Vielleicht sind wir das in unserer schnelllebigen Welt nicht mehr gewohnt.



Schon Friedrich Ebert, der heuer 150 Jahre alt geworden wäre, wusste: „Demokratie braucht Demokraten“

Es gibt aber auch andere Themen, die uns aktuell beschäftigen. Wir mussten Anfang Januar die Bilder von der Belagerung des Kapitols in Washington ertragen. Die älteste bestehende Demokratie der Welt steht vor großen Herausforderungen. Trump hetzt das Volk auf. Schon im Talmud steht: „Achte auf deine Gedanken, denn sie werden Worte, achte auf deine Worte, denn sie werden Handlungen,....“. In der gleichen Nacht jedoch hat das Repräsentantenhaus seine Sitzung fortgesetzt und die Wahl von Biden bestätigt. Die Demokratie funktioniert – hier und in den USA. Aber sie ist in Gefahr und braucht mehr Unterstützer und Beschützer.

Viel Spaß beim Lesen



### S. 2: Klartext

Impfen und dann altes Leben?

Bessere Hilfe in der  
Corona-Krise für  
Unternehmen und  
Selbstständige!

SPD  
Fraktion im  
Bundestag

### S. 3: Corona-Hilfen

Aktuelle Neuerungen

Corona-Politik in Bayern  
Einblicke - Aussichten - Zukunft



### S. 7: Online-Gespräche

Rückschau und Vorschau

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

2 | 2021

Foto: Henning Schacht

## KLARTEXT

### IMPFFEN UND DANN ALTES LEBEN?

Ich habe lange überlegt, ob ich es wage, einen Klar-text über dieses wirklich heikle Thema zu schreiben. Warum? Weil es schwierig bis unmöglich ist, den weiteren Verlauf der Pandemie vorherzusehen und Maßnahmen zu beschreiben. Was heute gesagt und geschrieben wird, kann morgen schon wieder überholt sein. Viele haben gehofft, dass mit dem neuen Jahr alles viel besser wird. Nun ist der erste Monat vorüber und Ernüchterung macht sich breit.

Wir müssen lernen, dass Geduld gefragt ist. Geduld, auf den Impfstoff zu warten. Geduld, dass der Impfstoff helfen wird. Corona ist lebensgefährlich und niemand auf der Welt ist davor sicher oder gefeit. Dieses Virus erfordert von uns viel Disziplin. Ich meine, dass wir uns für immer mit diesem Virus oder einem ähnlichen arrangieren müssen, ob wir wollen oder nicht. Es ist da und verschwindet nicht mehr.

Deshalb können Lockdowns auch keine Dauerlösungen sein, auch wenn sie derzeit (noch) die richtige Entscheidung sind. Wir müssen wagen, sicher und geordnet zum neuen Leben überzugehen. Schulen und Kitas müssen wieder öffnen, Sozialbetreuung muss wieder möglich sein, dazu muss man sich sehen und treffen können. Friseure müssen öffnen und Schwimmbäder auch. Baumärkte und Gastronomie können auch nicht für immer geschlossen bleiben.

Diesen Weg zu beschreiten ist mutig, notwendig und erfordert von uns noch mehr Disziplin. Disziplin für Freiheit sozusagen. Hygienekonzepte, Abstandsregeln, begrenzte Eintritte usw. sind natürlich notwendig. Viele halten sich daran, dennoch muss vielleicht auch etwas nachgeholfen und geordnet werden. Der Satz von Kennedy gilt auch hier: Frage nicht, was das Land für Dich tut, sondern frage, was Du für Dein Land tun kannst. Unser Leben wird ein anderes sein.

Aber sind wir mal ehrlich, die Beschleunigung der letzten 20 Jahre halten weder unsere Erde, noch wir selber aus. Entschleunigung und Geduld müssen wieder gelernt werden. Mut und Hoffnung sind jetzt angesagt. Ich hoffe, dass diese Zeilen länger tragen. Ich weiß es allerdings nicht.

Eines weiß ich: Das medizinische Personal in unseren Krankenhäusern und Pflegeheimen macht einen hervorragenden Job und das oft über der Belastungsgrenze.



### Telefon-Sprechstunde

1.2.2021, 10 - 11 Uhr

8.2.2021, 11 - 12 Uhr

An den Montagen 1.2. und 8.2.2021 biete ich wieder Telefon-Sprechstunden für alle Bürgerinnen und Bürger an. Unter der Nummer meines Wahlkreisbüros in Gemünden bin ich direkt zu sprechen: 09351 603 6563.

## Corona-Politik in Bayern Einblicke - Aussichten - Zukunft



Horst Arnold



Bernd Rützel

Mo, 08.02., 18:00 Uhr

Live-Diskussion auf Instagram mit dem Vorsitzenden der BayernSPD-Landtagsfraktion Horst Arnold, und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Bernd Rützel



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

2 | 2021



Foto: Henning Schaeht

## WIRTSCHAFTSHILFEN

Unser Finanzminister Olaf Scholz gibt das Geld für umfangreiche Corona-Wirtschaftshilfen. Für die Ausgestaltung und Verteilung ist das Bundeswirtschaftsministerium mit Minister Altmaier zuständig. Der hat nun auf die massive Kritik aus Wirtschaft und Politik reagiert und nachgebessert. Durch die Anpassungen werden Ausgestaltung und Beantragung der Überbrückungshilfe deutlich einfacher, die Förderung großzügiger und sie steht einem größeren Kreis an Unternehmen zur Verfügung. Außerdem wird die Neustarthilfe für Selbstständige verbessert und die besonderen Herausforderungen des Einzelhandels berücksichtigt.

### Vereinfachung

Antragsberechtigt sind Unternehmen, die in einem Monat einen Umsatzeinbruch von mindestens 30 Prozent im Vergleich zum Referenzmonat im Jahr 2019 erlitten haben. Ein darüberhinausgehender Nachweis entfällt. Der Förderzeitraum umfasst den November 2020 bis Juni 2021.

Antragsberechtigt sind Unternehmen mit einem Jahresumsatz von bis zu 750 Millionen Euro in Deutschland. Eine Doppelförderung ist ausgeschlossen, daher sind Unternehmen, die November bzw. Dezemberhilfe erhalten haben, für diese beiden Monate nicht antragsberechtigt.

Leistungen nach der Überbrückungshilfe II für diese Monate werden angerechnet.

Abschlagszahlungen können separat in einem vereinfachten Verfahren beantragt werden. Entsprechende Anträge sollen nach Auskunft des Bundeswirtschaftsministeriums im Laufe des Januars möglich sein.

**Bessere Hilfe in der Corona-Krise für Unternehmen und Selbstständige!**

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

### Erhöhung

Die monatlichen Höchstbeträge werden deutlich erhöht und vereinheitlicht. Unternehmen können bis zu 1,5 Millionen Euro Überbrückungshilfe pro Monat erhalten (statt 200.000 bzw. 500.000 Euro). Allerdings gelten die Obergrenzen des europäischen Beihilferechts, für deren Erweiterung sich die Bundesregierung einsetzt.

Der Höchstbetrag der Abschlagszahlungen wird auf 100.000 Euro angehoben. Erste Abschlagszahlungen sollen im Februar gezahlt werden, die endgültige Bescheidung durch die Länder ab März erfolgen.

### Ergänzung

Der Umfang der Fixkostenerstattung orientiert sich weiterhin am Umsatzrückgang im Vergleich zum entsprechenden Monat 2019:

- bei einem Umsatzrückgang von 30 bis 50 Prozent werden 40 Prozent der förderfähigen Fixkosten erstattet,
- bei einem Umsatzrückgang von 50 Prozent bis 70 Prozent sind es 60 Prozent und
- bei einem Umsatzrückgang von mehr als 70 Prozent 90 Prozent der förderfähigen Fixkosten.

Um das Verfahren unbürokratisch und einfach auszugestalten, gibt es einen Musterkatalog fixer Kosten. Das sind insbesondere Mieten und Pachten, Grundsteuern, Versicherungen, Abonnements und andere feste Ausgaben sowie Mietkosten für Fahrzeuge und Maschinen, Zinsaufwendungen, Abschreibungen auf Wirtschaftsgüter bis zu einer Höhe von 50 Prozent, der Finanzierungskostenanteil von Leasingraten, Ausgaben für Elektrizität, Wasser, Heizung, etc. Personalaufwendungen, die nicht von Kurzarbeitergeld erfasst sind, werden pauschal mit 20 Prozent der Fixkosten gefördert. Auch bauliche Maßnahmen zur Umsetzung von Hygienekonzepten sowie Marketing- und Werbekosten können gefördert werden.

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

2 | 2021

Foto: Henning Schacht

## Wir helfen dem Einzelhandel.

Für alle, die wegen Corona auf Wintersaisonware sitzenbleiben.

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

Neu sind Ergänzungen für den Einzelhandel. Sie sollen nicht auf den Kosten für Saisonware sitzenbleiben, die wegen der angeordneten Geschäftsschließungen nicht mehr oder nur mit erheblichen Wertverlusten verkauft werden können. Das gilt auch für verderbliche Ware. Einzelhändler können in den Überbrückungshilfen III unter bestimmten Voraussetzungen ihre Warenabschreibungen zu 100 Prozent als Fixkosten zum Ansatz bringen. Das ergänzt die bislang vorgesehene Möglichkeit, handelsrechtliche Abschreibungen für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von 50 Prozent des Abschreibungsbetrages als förderfähige Kosten in Ansatz zu bringen. Die Warenwertabschreibung berechnet sich aus der Differenz der Einkaufspreise und der Abgabepreise für die gesamte betrachtete Ware.

Bei den Reisebüros wird noch einmal aufgestockt, indem die externen Vorbereitungs- und Ausfallkosten um eine 50 prozentige Pauschale für interne Kosten ergänzt werden.

### Neustarthilfe für Soloselbständige

Soloselbständige können im Rahmen der Überbrückungshilfe III statt einer Einzelerstattung von Fixkosten eine einmalige Betriebskostenpauschale („Neustarthilfe“) ansetzen. Sie steht Soloselbständigen zu, die ihr Einkommen im Jahr 2019 zu mindestens 51 Prozent aus ihrer selbständigen Tätigkeit erzielt haben. Die Bedingungen werden deutlich verbessert. Die Neustarthilfe wird auf 50 Prozent des Referenzumsatzes verdoppelt. Bisher waren 25 Prozent vorgesehen. Der Referenzumsatz beträgt im Regelfall 50 Prozent des Gesamtumsatzes 2019. Damit beträgt die Betriebskosten-

pauschale in der Regel 25 Prozent des Jahresumsatzes 2019. Die maximale Höhe der Neustarthilfe wird auf 7.500 Euro erhöht; bisher vorgesehen waren 5.000 Euro. Der Zuschuss ist aufgrund seines betrieblichen Charakters nicht auf Leistungen der Grundsicherung anzurechnen. Entsprechend wird er bei der Ermittlung des Einkommens zur Bestimmung des Kinderzuschlags nicht berücksichtigt.

Details und aktuelle Ergänzungen gibt es auf den Info-Seiten der Bundesregierung, insbesondere hier: [uerbrueckungshilfe-unternehmen.de](http://uerbrueckungshilfe-unternehmen.de)

### Kommunalfinanzen

Ich bin der Meinung, dass wir auch nochmal über die Kommunalfinanzen sprechen müssen. Im vergangenen Jahr hatten Bundestag und Bundesrat bereits milliardenschweren Entlastungen zugestimmt. Seitdem werden die Gewerbesteuerausfälle der Städte und Gemeinden kompensiert. Der Bund beteiligt sich außerdem dauerhaft stärker an Kosten der Unterkunft bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Olaf Scholz wollte schon damals weitergehen und hat eine „Stunde Null“ für die am höchsten verschuldeten Kommunen vorgeschlagen. Das war am Widerstand aus der Union und mehreren Bundesländern gescheitert.

Zwei Drittel der öffentlichen Investitionen erfolgen in Deutschland durch die Kommunen. Ihre Ausgaben sind ganz maßgeblich für die Lebensbedingungen vor Ort. Deshalb brauchen sie finanzielle Kraft. Zuständig dafür sind nach dem Grundgesetz die Bundesländer. Sie dürfen sich jetzt nicht aus der Verantwortung stellen. Es braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern. Olaf Scholz hat erst vor wenigen Tagen betont, dass er sich unverändert für eine finanzielle Entlastung der Kommunen einsetzt und dafür, dass diejeni-

**Soloselbständige  
nicht allein lassen.**

Wir erhöhen die Neustarthilfe.

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

2 | 2021

Foto: Henning Schacht

gen, die mit besonders großen Lasten aus der Vergangenheit zu kämpfen haben, die Chance für einen Neustart erhalten

## HILFEN FÜR BRAUEREIEN MIT BRAUSTÜBL ERWEITERT

Ein frisches, gutes Bier – das gehört zu Unterfranken und zu Bayern wie die Lederhosen zur Tracht. Die örtlichen Brauereien und ihre Gaststuben leiden wie so viele unter Corona und den erforderlichen Schutzmaßnahmen. Dennoch fielen sie bislang durch die Förderraster.



Gemeinsam mit dem Frammersbacher Bürgermeister Christian Holzemer (im Bild links vor der Frammersbacher Waldschlossbrauerei) und vielen anderen habe ich mich beim Bundeswirtschaftsminister für die Braustübl eingesetzt. Jetzt gibt es eine Lösung: Die November-/Dezemberhilfen des Bundes stehen ihnen jetzt offen. Es wird davon ausgegangen, dass der Verkauf von Fassbier für Veranstaltungen erfolgt. Sie gelten dann als indirekt Betroffene. Der Umsatz aus dem Außerhaus-Verkauf von Bier in den Gaststuben kann als direkte Betroffenheit geltend gemacht werden.

Das hilft vielen Brauereien und ihren Braustübln durch die schwere Zeit. Ich freue mich auf ein gutes Bier und eine Brotzeit nach der Pandemie.

## NEUE SPIELREGELN FÜR DIE INTERNETGIGANTEN

Digitalisierung hat viele Vorteile - und sie hat zu großen Produktivitätsfortschritten geführt. Allerdings wurden in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen monopolartige Strukturen begünstigt. Einige wenige sehr große digitale Plattformunternehmen bestimmen den Markt in Angebot und Nachfrage.

Mit der Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) wird jetzt ein scharfes Schwert geschaffen, um diese besser regulieren zu können. Das Ziel: Ein besserer und gerechterer Wettbewerb - von dem alle profitieren.

Mit dem neuen Paragraphen 19a GWB wird der Handlungsspielraum des Bundeskartellamts an entscheidender Stelle erweitert und verschärft: Künftig kann proaktiver gehandelt und wettbewerbschädigendes Verhalten bereits vorab untersagt werden.

Mit der Novelle werden nicht nur innovative Standards gesetzt, das deutsche Wettbewerbsrecht wird auch fit für die digitale Realität gemacht. Deutschland dürfte mit diesem Gesetz weltweit eine Vorreiterrolle einnehmen und international die Spielregeln der Digitalisierung und Globalisierung entscheidend mitbestimmen. Dies ist nicht zuletzt an dem von der Europäischen Kommission vorgelegten Gesetzespaket zur Regulierung digitaler Dienste zu sehen. Die Europäische Kommission hat das deutsche Gesetzgebungsverfahren hier sehr genau beobachtet und in den europäischen Regelungsvorschlag mit einfließen lassen.

Mehr beim Klick auf das Bild.

**Wir verschärfen die Spielregeln für Internetgiganten!**

Looking at you, Apple, Amazon, Google und, na ja, Ihr wisst schon, aber wir wollen halt auch nicht, dass dieser Post hier ausgeblendet wird.

**SPD**  
Fraktion im Bundestag

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

2 | 2021



Foto: Henning Schlicht

## CORONA: PRÄVENTION UND TEILHABE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Die Corona-Pandemie stellt eine außergewöhnliche Herausforderung für die gesamte Gesellschaft dar. In besonderer Weise können Menschen mit Behinderung davon betroffen sein, denn sie gehören vielfach zu den Personen, bei denen im Falle einer Infektion mit einem schweren Krankheitsverlauf gerechnet werden muss. Über die Situation und Belange von Menschen mit Behinderung in der Corona-Zeit sprach ich live auf facebook mit Ulla Schmidt, Vorsitzende der Bundesvereinigung Lebenshilfe und Bundesgesundheitsministerin a.D.



Die Fragen der Impfpriorisierung, der Triage – sprich der Reihenfolge bei möglichen notwendigen Behandlung und Beatmung im Krankenhaus – und die Versorgung mit FFP2-Schutzmasken sind aktuell drei große Themen, die Menschen mit Behinderung und die Politik beschäftigen, erklärte Ulla Schmidt bei meinem öffentlichem live-chat. Jeden Tag kämen zahlreiche neue kleine Fragen hinzu. Zuletzt sei die Einigung erzielt worden, dass auch Einrichtungen der Behindertenhilfe mit Schnelltest für Bewohner und Besucher ausgerüstet würden. Mein Dank ging an dieser Stelle an unsere ehemalige Bundesgesundheitsministerin, die gemeinsam mit vielen anderen in der SPD-Bundestagsfraktion dafür arbeitet und kämpft, dass Lösungen auf die zahlreichen und vielfältigen Fragen und Probleme nicht vergessen werden. Ich bin froh, Ulla Schmidt da an unserer Seite zu haben.



Als sehr wichtig stupe ich auch den eigens eingerichteten Corona-Teilhabe-Fonds ein. Einrichtungen der Behindertenhilfe, Inklusionsbetriebe, Sozialkaufhäuser und gemeinnützige Sozialunternehmen können seit Jahresanfang 2021 zusätzliche Zuschüsse hieraus beantragen, um entstandene Schäden auszugleichen.

Im Deutsche Bundestag haben wir im letzten Jahr beschlossen, 100 Millionen Euro hierfür zur Verfügung zu stellen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hatte dazu noch im Dezember 2020 eine Richtlinie erlassen. Ich bin froh, dass unser Minister Hubertus Heil hier rasch gehandelt hat, denn Menschen mit Behinderungen treffen Kontaktbeschränkungen besonders hart. Der Fonds hilft im Verbund mit einem Investitionskredit für kommunale und soziale Unternehmen über die KfW sowie Überbrückungshilfen, die Teilhabe und soziale Dienste in der Krise bestmöglich zu unterstützen und ihre Existenz auch für die Zukunft zu sichern.

Alle Infos zum Corona-Teilhabe-Fonds gibt es beim Klick auf das Bild.

Das Gespräch mit Ulla Schmidt ist auf meiner facebook-Seite (<https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB>) abrufbar.

Mit dem **Corona-Teilhabe-Fonds** zeigen wir Solidarität und schließen eine Lücke im Netz der Hilfsmaßnahmen.

**Bernd Rützel**

Mitglied des Deutschen Bundestages





# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

2 | 2021

Foto: Henning Schacht

## POLITISCHE ONLINE-GESPRÄCHE

Über viel Zuspruch und interessante Fragen habe ich mich bei den letzten Online-Gesprächen sehr gefreut:

Mit Sabine Dittmar als Ärztin und gesundheitspolitische Sprecherin unserer Fraktion habe ich über Herausforderungen und Aktuelles in Sachen Corona im neuen Jahr gesprochen.



Auf Einladung meines Bundestagskollegen Andreas Schwarz habe ich über die Neuregelungen für die Fleischindustrie - wie bspw. dem Verbot von Werkverträgen und Leiharbeitskräften - informiert.

## Fleischindustrie Einblicke - Aussichten - Zukunft



Andreas Schwarz



Bernd Rützel



Wer nicht live dabei sein konnte, kann die Gespräche auf meinem Instagram-Kanal auch noch einmal nachschauen.

Folge mir dazu einfach unter

[www.instagram.com/bernd\\_ruetzel](https://www.instagram.com/bernd_ruetzel)

## 5 MILLIONEN EURO FÜR TIERHEIME

Vielen Dank an das Bundesumweltministerium um Svenja Schulze, das den Betrag im Haushalt für das dieses Jahr 2021 eingeplant hat. Zur Wahrheit gehört, dass die eigentlich zuständige Ministerin der CDU die Förderung aus ihrem Haushalt abgelehnt hat.



Über Details habe ich gemeinsam mit unserem umweltpolitischen Sprecher, Carsten Träger, sowie Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbund, und seiner bayerischen Kollegin Ilona Wohjan informiert und die Anregungen von zahlreichen Vertretern von Tierheimen und Tierschutzverbänden aufgenommen. Mehr beim Klick auf das Bild.

## Familienpolitik Gutes Aufwachsen in Deutschland



Ulrike Bahr



Bernd Rützel

Di, 02.02., 18:00 Uhr

Live-Diskussion auf Instagram mit  
der SPD-Bundestagsabgeordneten Ulrike Bahr,  
Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Bernd Rützel



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

2 | 2021

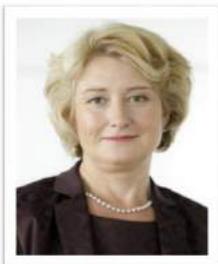
Foto: Henning Schacht

## IMPfZENTRUM MAIN-SPESSART IN LOHR IST STARTKLAR

Gemeinsam mit der Landrätin und anderen Abgeordneten habe ich mich Anfang Januar im Impfzentrum in der Spessarttorhalle in Lohr über den Ablauf der Impfungen informiert. Mein Eindruck: Der Landkreis ist sehr gut aufgestellt. Es könnte direkt losgehen. Der Verzug bei der Impfstofflieferung ist daher sehr ärgerlich.



## Verbraucherschutz im ländlichen Raum



Rita Hagl-Kehl



Bernd Rützel

Di, 09.02., 18:30 Uhr

Live-Diskussion auf Instagram mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Rita Hagl-Kehl, Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Bernd Rützel



## WISSEN FÜR DIE WESTENTASCHE



### KINDERKRANKENTAGE VERDOPPELT

Die Schul- und Kitaschließungen aufgrund der Corona-Pandemie sind für Eltern eine große Belastung. Um sie zu entlasten, hat der Bundestag die Verdopplung der Kinderkrankentage beschlossen.

- Eltern können im Jahr 2021 pro Kind und Elternteil 20 statt 10 Tage Kinderkrankengeld beantragen, insgesamt bei mehreren Kindern max. 45 Tage.

- Für Alleinerziehende erhöht sich der Anspruch um 20 auf 40 Tage pro Kind und Elternteil, maximal bei mehreren Kindern auf 90 Tage.

- Die 20 bzw. 40 Tage können sowohl für die Betreuung eines kranken Kindes verwendet werden als auch für die Betreuung, weil die Schule oder die Kita geschlossen bzw. die Präsenzpflicht aufgehoben oder der Zugang eingeschränkt wurde.

- Anspruchsberechtigt sind gesetzlich versicherte, berufstätige Eltern, die selbst Anspruch auf Krankengeld haben und deren Kind gesetzlich versichert ist.

- Voraussetzung ist auch, dass es im Haushalt keine andere Person gibt, die das Kind betreuen kann.

- Eltern können das Kinderkrankengeld auch beantragen, wenn sie im Homeoffice arbeiten könnten.

- Muss ein Kind aufgrund einer Schul- oder Kitaschließung zu Hause betreut werden, genügt eine Bescheinigung der jeweiligen Einrichtung.

- Die neue Regelung gilt rückwirkend ab 5. Januar.

### Mehr Kind-Krank-Tage wegen Corona!

- 10 Tage extra für jeden Elternteil
- 20 Tage extra für Alleinerziehende

**SPD**  
Fraktion im Bundestag



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

2 | 2021

## Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete  
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,  
Main-Spessart und Miltenberg

Sprecherin für Tourismus-, Forst- und  
Medienpolitik der SPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundesregierung und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Bundesländer haben am Dienstag, den 19. Januar, weitere wichtige und notwendige Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus beschlossen. FFP2-Masken beim Einkaufen und im öffentlichen Nahverkehr sowie eine Verlängerung des Lockdowns bis 14. Februar und wo möglich noch mehr Homeoffice, sind weitere wichtige Schritte, um die Pandemie effektiv zu bekämpfen. Ein positives Zeichen geht an alle Solo-Selbstständige, Unternehmen und Einrichtungen, die von der weiteren Schließung betroffen sind. Sie können erneut mit finanziellen Hilfen rechnen. Die Überbrückungshilfe III beginnt jetzt im Januar und gilt bis Juni.

Auch ein fortschreitender Regelbetrieb in den Impfzentren gehört dazu. Allerdings müssen dafür die nötigen Voraussetzungen gegeben sein. Täglich erreichen mich Nachrichten von besorgten Bürgerinnen und Bürgern, die keinen Impf-Termin bekommen, weil die Kommunikationswege nicht funktionieren, sie telefonisch nicht durchkommen und die Registrierung per E-Mail oft scheitert.

Bei einem Besuch im Impfzentrum in Hösbach habe ich mich über die Abläufe und Problemstellungen vor Ort informieren können. Dabei wurde ich von den sehr engagierten und hoch motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern darauf hingewiesen, dass auch sie mit der bereitgestellten Software nur bedingt gut arbeiten kön-

nen. Einzig die Zahl und das Geschlecht der geimpften Menschen könne man digital erfassen, nicht aber die Namen der Geimpften sowie eine Zuordnung zu den jeweiligen Pflegeinstitutionen. So lasse sich der Geimpfte nur schwer wiederfinden, weil er bislang nur analog vermerkt ist. Wenn der nötige Impfstoff ausreichend vorhanden ist, werden diese Probleme mit der Zahl der Impfbewerber noch größer werden. Allerdings können die Schwierigkeiten, mit denen die impfwilligen Menschen bei der Anmeldung schon konfrontiert sind, zu Unmut und einem Rückgang der Impfbereitschaft führen. Dies muss unbedingt verhindert werden. Weiterhin ist es wichtig, dass nun schnell genügend Impfstoff bereitgestellt wird, um auch jüngere Altersgruppen und Menschen ohne medizinische Vorbelastungen schnellstmöglich versorgen zu können. Nur so kann die Pandemie bald bewältigt werden.



Foto: Büro Fehlner

Bei allen Beschränkungen und Problemen gilt es doch weiterhin, sich an die Regelungen zu halten und zusehens zu bleiben.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

**Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdB**  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg  
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buergerbuero@martina-fehlner.de

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

2 | 2021

## Volkmar Halbleib



Landtagsabgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt, Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen und Rhön-Grabfeld

## SPD-ERFOLG: BIBLIOTHEKEN WERDEN FÜR CLICK-&COLLECT GEÖFFNET

Liebe Leserin, lieber Leser,

meine Kollegen der SPD-Landtagsfraktion und ich haben sich dafür stark gemacht, dass die Bibliotheken in Bayern für das sogenannte Abholssystem "Click-&Collect" geöffnet werden. Mit meinen KollegInnen aus dem Bildungs- und aus dem Wissenschaftsausschuss, Margit Wild und Dr. Simone Strohmayer und Christian Flisek, habe ich am 15. Januar einen entsprechenden Brief an Ministerpräsident Söder, Bildungsminister Piazzolo und Wissenschaftsminister Sibler geschrieben. In diesem haben wir gefordert, dass es wieder erlaubt sein sollte, Leihbücher und -medien an Bibliotheken abzuholen. Was im normalen Einzelhandel funktioniert, muss auch bei den Bibliotheken klappen. Die Einrichtungen für Click-&Collect zu öffnen, ist eine leicht umzusetzende Maßnahme mit großer Wirkung!

Unsere Bemühungen haben offensichtlich Wirkung gezeigt! Seit 21. Januar dürfen die Bibliotheken jetzt wieder Click-&Collect anbieten. Das ist angesichts der immensen Probleme und weitreichenden Einschränkungen, die die Menschen während dieser Pandemie auf sich nehmen müssen, zwar nur eine kleine aber dennoch eine sehr wichtige Erleichterung.

Besonders für Studierende war das Schließen der Bibliotheken zur Ausleihe ein weiteres Hindernis während ihres Studiums, vor allem für Abschluss- und Hausarbeiten. Auch Journalistinnen, Wissenschaftler und Schriftstellerinnen brauchen zum Schreiben von Facharbeiten, Publikationen, Sachbüchern und Belletristik Zugriff auf Archive und Sekundärliteratur, die nur in Bibliotheken vorhanden ist. Und auch Schülerinnen und Schüler, die sich aktuell im Homeschooling befinden, sind gerade darauf angewiesen, selbstständig zu lernen und sich um unterstützendes Lernmaterial zu kümmern.



Bei der Winterklausur der BayernSPD-Landtagsfraktion habe ich mit meinen KollegInnen vor Ort und per Videoschleife über die aktuelle Corona-Lage und die Herausforderungen für die Landespolitik gesprochen (Bild: Büro Halbleib).

Vor allem aber sind Bibliotheken für alle, die Bücher lesen aber sie nicht kaufen können, unverzichtbar! Das vorübergehende Verbot von Click-&Collect für Bibliotheken hat den Betroffenen mehr geschadet als es epidemiologisch genutzt hat. Ich wünsche mir in der Zukunft daher weiterhin mehr Sensibilität für den Kunst- und Kulturbereich von der Staatsregierung.

Ihr/Euer Volkmar Halbleib

**Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL**  
Semmelstraße 46, 97070 Würzburg  
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030  
buergerbuero-halbleib@t-online.de